

Social Media | 06.05.2026 | Nr. 145/26

Beate Nielsen: TOP 43: Der Schutz unserer Kinder hat Vorrang

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Alternativantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen setzen wir ein klares Zeichen: Wir nehmen die Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum ernst – mit all ihren Chancen, aber eben auch mit ihren Risiken.

Soziale Medien sind längst fester Bestandteil des Alltags junger Menschen. Gleichzeitig zeigen aktuelle Zahlen und Studien alarmierende Entwicklungen: Knapp ein Viertel der 10- bis 17-Jährigen – rund 1,14 Millionen – weist bereits eine riskante Nutzung auf, bei etwa 350.000 sogar eine krankhafte Nutzung. Drei Viertel der Jugendlichen sind schon vor dem 13. Lebensjahr auf Social Media aktiv, teils sogar im Vorschulalter. Neurowissenschaftliche Erkenntnisse warnen zudem vor möglichen bleibenden Schäden in der Gehirnentwicklung sowie Folgen wie Angst, Aggressivität und Konzentrationsstörungen.

Deshalb sagen wir klar: Der Schutz unserer Kinder hat Vorrang.

Aber, der FDP-Antrag setzt vor allem nur auf Medienbildung, Prävention, Empfehlungen an Eltern und langfristige EU-Regulierung, um Kinder und Jugendliche im Umgang mit sozialen Medien zu stärken. Das greift zu kurz, weil echter Schutz fehlt und die Maßnahmen überwiegend auf Freiwilligkeit und spätere Wirkung setzen – statt jetzt verbindlich und wirksam einzugreifen, werden Schulen, Eltern und Kinder weitgehend allein gelassen.

Unser Antrag hingegen wird der akuten Lage und dem dringenden Handlungsbedarf gerecht: Ein zentraler Punkt unseres Antrags ist die Forderung nach einem Mindestalter von 14 Jahren für die Nutzung sozialer Medien. Das ist kein Selbstzweck, sondern ein notwendiger Schritt, um Kinder vor schädlichen Einflüssen zu bewahren. Bereits mit dem Handyverbot bis zur 9. Klasse haben wir als Politik gemeinsam aktiv und rasch Verantwortung übernommen und einen wichtigen und richtigen Beitrag zu einem besseren Lernklima sowie mehr Lernerfolg an unseren Schulen geleistet. Gleichzeitig wollen wir Plattformen stärker in die Pflicht nehmen – durch transparente Algorithmen, wirksame Altersverifikation und klare Regeln gegen gefährdende Inhalte.

Aber, meine Damen und Herren, Schutz allein reicht nicht aus. Wir müssen auch befähigen. Schleswig-Holstein ist hier bereits auf einem guten Weg: Medienkompetenz an Schulen, Fortbildungen für Lehrkräfte und Unterstützung für Eltern sind wichtige Bausteine. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Mit klaren Leitlinien für Jugendliche und praxisnahen Handreichungen für Eltern stärken wir den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien.

Unser Ansatz ist dabei bewusst ausgewogen: Wir verbinden Regulierung mit Bildung, Schutz mit Eigenverantwortung. Zugleich machen wir deutlich: Viele der notwendigen Maßnahmen müssen auf Bundes- und europäischer Ebene umgesetzt werden. Deshalb fordern wir unter anderem die konsequente Anwendung des Digital Services Act der EU, eine klare Kennzeichnung KI-generierter Inhalte und spürbare Sanktionen bei Verstößen.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist Ausdruck einer modernen Jugendpolitik. Einer Politik, die nicht verbietet um des Verbots willen, sondern die schützt, befähigt und klare Rahmenbedingungen setzt. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen – für einen sicheren digitalen Raum für unsere Kinder und Jugendlichen.

Vielen Dank.